Nr. 61. Halle (Saale), Donnerstag, den 13. März 1919. 30. Jahrg.

Bezugspreis: Monatl. 1,20 Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,20 Mk., vierteljährl. 3,6 Mk. (Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra. Erscheinungsweise: Jeden Werktag, nachmitt.

Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Saarstraße 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 1614.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Petitzeile kostet 40 Pfg. Der Preis für die 82 mm breite Reklamezeile beträgt 1,00 Mk. Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet. Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag. Fernspr. Nr. 1047. Schriftleitung: Halle (Saale), Saarstraße 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Das neue Preußen.

Am heutigen 13. März tritt die verfassunggebende preußische Landesversammlung zusammen.

Das Geschehen ist in rasendem Fluß. Das deutsche Volk hat ungeheure Probleme zu lösen. Zunächst den Friedensschluß, weiter die Schöpfung des neuen inneren politischen Systems im ganzen Reich, ferner für die Arbeiterklasse die Sozialisierung usw. Zu alledem kommt nun auch die Lösung des großen Problems Preußen.

Preußen war immer das Zentralproblem des ganzen deutschen Volkes. In Preußen saß die Macht, die der vorrevolutionären Herrschaft ihr Gepräge gab. Das Königtum, aufgebaut auf der Macht der Junker und gestützt durch den gewaltigsten Militarismus der Welt, hatte Preußen seinen ganz speziellen Charakter verliehen. An der preußischen Macht zerbrachen alle Kämpfe der Arbeiterklasse. Preußen herrschte auf Grund des Vorrechts der Besitzenden, die preußischen Junker regierten durch Klassenwahlrecht und Privilegien. Preußen wurde zum Abscheu der ganzen Welt. Das preußische System war die Ursache der Verachtung, des Hasses, dem die Deutschen in aller Welt begegneten.

Das wertvollste an der Revolution vom 9. November 1918 war das Niederwerfen des preußischen Gewaltsystems. Und nun soll Preußen neu aufgebaut werden. Das Reich ist ein wenig vorangegangen. Das Reich hätte eine Einheitsrepublik werden können, wenn Preußen eben nicht einige Jahrhunderte im Namen des Deutschtums geherrscht hätte. Das starre Preußentum schied das deutsche Volk durch die Main-Linie. Hier starre Gewaltherrschaft, doch jenseits des Mains eine gewisse volksmäßige Demokratie. Die Gegensätze sind niemals überbrückt worden; sogar die Revolution konnte nicht den historisch gewordenen Gegensatz verwischen. So schied sich Süddeutschland vom Preußentum auch in der Revolution. Es wurde verhindert, daß sich das deutsche Volk in einer Einheitsrepublik die machtvollste Nationalgestaltung hätte formen können.

Nun müssen wir Preußen allein aufbauen. Aber die Weltgeschichte ist gerecht. Der Zwang und die Gewalt, die in dem alten Preußen verkörpert war, zerfiel — und ist als Preußen ein demokratischer Staat werden sollte, zerriß es im Grunde in einzelne Teile. So wurde das ehemalige Prinzip in sein Gegenteil verkehrt.

Im Osten wurde die Polenpolitik dem alten Preußen zum Verderben, und dem neuen Preußen wurde sie zum Fluch. Denn gerade die Kämpfe um Osten, die zur Loslösung der polnischen Bezirke führten, wurden von der sogenannten sozialistischen Reichsregierung zum Vorwand genommen, in Deutschland den neuen Militarismus wiederum aufzustellen. Posen ist rettungslos für Preußen verloren, aber als „Rache" im historischen Sinne muß nun die Loslösung Posens zur Wiederaufrichtung des Militarismus den Vorwand geben. So wird das preußisch-deutsche Volk für die Sünden der früheren preußischen Machthaber bestraft — bestraft jetzt durch eine „sozialistische" Regierung.

In welcher Form der Osten Preußen (Ost- und Westpreußen) beim Gesamtstaat bleiben wird, steht dahin.

Aehnlich liegen die Dinge im Westen. Rheinland und Westfalen ist niemals ein Volksstamm gewesen, der sich in das brandenburgisch-preußische System einfügte. Das Potsdamer Preußentum hat die westlichen Teile des deutschen Volkes nicht zu erobern vermocht, trotzdem sich Rheinland und Westfalen der preußischen Gewalt einfügen mußten. Das preußische Königtum ist dem demokratischen Rheinland immer ein fremdes unverdauliches Erzeugnis gewesen.

Nachdem die Revolution die Berliner Zwangsgewalt über den Westen gebrochen hatte, setzten sofort die Loslösungsbestrebungen im Westen ein. Ein selbständiger freier Staat Rheinland-Westfalen ist nicht nur eine leere Drohung, sondern mit seiner Verwirklichung muß dauernd gerechnet werden. Nur eine völlig freie Volksdemokratie kann den industriellen Westen bei Preußen halten. Diese Demokratie dürfte nichts Brandenburg-Preußisches an sich haben. Der letzte Rest Potsdamer Zwangsherrschaft muß aus ihr verschwunden sein.

Ob das die preußische Landesversammlung zu geben vermag, ist kaum zu erwarten. In der preußischen Landesversammlung liegen die Dinge ähnlich wie in der Nationalversammlung, das Bürgertum hat in ihr die Mehrheit. Es bekennt sich vielleicht mit Ausnahme des Zentrums, zum preußischen Einheitsstaat, aber daß es der preußischen Politik einen inneren Gehalt geben könnte, der das westliche Element versöhnt, ist sehr zu bezweifeln. Zerlegt sich Preußen in Einzelstaaten, so ist eine ganz neue Situation geschaffen, die noch nicht zu übersehen ist.

Diese Fragen sind zugleich entscheidende Schicksalsfragen für das ganze Deutsche Volk. Von ihrer Lösung hängt es ab, ob der innere Gehalt des neuen Deutschlands geeignet ist, einen Bau für weite Zeiträume zu formen.

•

Die weiteren inneren Probleme Preußens stehen in ihrer Bedeutung kaum vor dem vorstehend Besprochenen zurück. Preußen ist im Besitz der Verkehrsmittel, der Eisenbahnen, der Wasserstraßen, Preußen hat die soziale Fürsorgepolitik in seiner Hand, Wohnungswesen, Gesundheitspolitik, Gemeindeangelegenheiten, Armenpflege usw.

Preußen hat aber auch die kulturellen Fragen zu lösen, das ist vor allem die Schule, da ist weiter die Kirche, die Universität, die Kunst, das gesamte öffentliche Bildungs- und Erziehungswesen. Preußen beherrscht die Justiz, die Polizei usw.

Die preußische Landesversammlung kann diese dringenden Fragen nicht im Augenblick lösen. Sie wird zunächst eine vorläufige Staatsleitung und eine vorläufige Verfassung schaffen. Welche Pläne die preußische Regierung nach dieser Richtung betreibt, ist noch nicht genau bekannt. Was bruchstückweise veröffentlicht wurde, trägt den Stempel bloßer Vermutung.

Ueber das preußische Problem wird in der nächsten Zeit ausführlich und auch im einzelnen zu reden sein. Wir werden die einzelnen Fragen in besonderen zusammenhängenden Aufsätzen je nach ihrer Dringlichkeit behandeln.

•

Die neue preußische „Staatsgewalt".

Berlin, 12. März. (W. T. B.) Die Politischen Parlamentarischen Nachrichten erfahren über den Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen unter anderm: Die verfassunggebende preußische Landesversammlung stellt die künftige preußische Verfassung fest und erläßt Gesetze, die keinen Aufschub dulden. Ihr Präsident beruft die Regierung. Der Ministerpräsident führt in ihr den Vorsitz und gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Jeder Staatsminister bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens der verfassunggebenden Landesversammlung und ist ihr verantwortlich. Die vollziehende Gewalt steht der Regierung zu. Die Staatsminister sind verpflichtet, auf Verlangen der verfassunggebenden Versammlung zu erscheinen oder einen Grund für Nichterteilung einer Auskunft anzugeben. Das Gesetz tritt mit der Annahme durch die Landesversammlung in Kraft.

Auch den „Volksboten" traut man nicht! Die scharfe Ueberwachung aller Teilnehmer an der Eröffnung der preußischen Landesversammlung erstreckt sich, wie berichtet wird, auch auf die Volksboten.

Für den Posten des Präsidenten der Landesversammlung wird die sozialdemokratische Fraktion den Oberbürgermeister von Hannover, Leinert, vorschlagen.

•

Die Fraktionen der preußischen Nationalversammlung haben sich in folgender Stärke angemeldet: 144 Sozialdemokraten, 88 Zentrumsanhänger, 65 Demokraten, 50 Deutschnationale, 24 Unabhängige, 21 Deutsche Volksparteiler, 7 Deutsche Hannoveraner, 1 schleswig-holsteinische Landespartei.

Die meisten der Mitglieder sind bisher nicht Parlamentarier gewesen, frühere Abgeordnete ziehen nur insgesamt 70 ein, wovon 34 allein auf das Zentrum entfallen.

Friedensverhandlungen und Lebensmittelversorgung.

Paris, 12. März. Reuter. Der Vorfriedensvertrag mit Deutschland soll am 20. März fertiggestellt sein. Man beabsichtigt den vorläufigen Entwurf für Wilson, der am 13. März erwartet wird, fertig zu machen. Die deutschen Friedensdelegierten sollen zwischen dem 23. und 25. März in Paris eintreffen.

Amsterdam, 12. März. Wie Reuter aus Paris meldet, erklärte Lansing in einer Unterredung mit Vertretern der Presse, daß so rasch wie möglich Frieden geschlossen werden und Deutschland mit Lebensmitteln versorgt werden müßte, um die Welt vor Anarchie zu bewahren.

Auslieferung der Handelsflotte? Rotterdam, 12. März. Die „Times" melden aus Paris: Die neue Forderung der Alliierten an Deutschland auf Auslieferung der Handelsflotte für die Lebensmittelversorgung wird eine befristete sein. Die Alliierten können Deutschland nur eine Frist von fünf Tagen zur Annahme zugestehen.

Die neuen Bergarbeiterstreike.

Wiederaufnahme der Arbeit in Oberschlesien?

Hindenburg, 12. März. (W. T. B.) In Hindenburg tagte gestern abend eine starkbesuchte Versammlung der Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute der Oberschlesischen Gruben. Der frühere Volksbeauftragte Barth ersuchte die Anwesenden, den Streik abzubrechen, da der Generalstreik in Mitteldeutschland und in Berlin beendet und in Oberschlesien als aussichtslos zu betrachten sei. Es wurde angeblich beschlossen, am Donnerstag oder Freitag früh geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Streik in Sachsen. Zwickau, 12. März. Die Belegschaften der Zwickauer Steinkohlen-Bergwerke sind heute früh nicht mehr eingefahren.

Eisenbahnerstreik in Schlesien. Oels, 12. März. Die Angestellten und Arbeiter der hiesigen Eisenbahnwerkstätten legten die Arbeit nieder, da ihnen die Gleichstellung mit den Breslauer Angestellten nicht bewilligt wurde. Das Fahrpersonal schloß sich dem Streik an, so daß Oels vom Verkehr abgeschnitten ist.

Die Ausgestaltung der Betriebsräte.

In Weimar trat unter Vorsitz des Arbeitsministers Bauer eine stark besuchte Versammlung von Vertretern der Arbeiter und Unternehmer aus dem Mitteldeutschen Bergbaurevier, auch aus Westfalen ist eine Anzahl von Delegierten erschienen. Es wird über die Ausgestaltung der Betriebsräte verhandelt, insonderheit darüber, wie die Beteiligung der Angestellten und der Arbeiter in diesen Betriebsräten geregelt werden soll. Die Leitung der Arbeiter im Mitteldeutschen Bergbaurevier, für die Abgeordneter Koenen-Halle das Wort führt, hat sich nach anfänglichem Zögern zu der Teilnahme an den Verhandlungen bereit erklärt.

Landtagswahlen in Waldeck. Bei den Wahlen zum Landtag wurden gewählt: Im Wahlkreis Waldeck 5 Sozialdemokraten, 5 Deutschnationale, 3 Demokraten, 3 waldeckische Volksbündler, 1 Volksparteiler, im Wahlkreis Pyrmont 2 Sozialdemokraten, 1 Deutschnationaler und 1 Demokrat.

Die Sozialisierungs-Vorlage.

Fortsetzung der Beratung in der Nationalversammlung.

Weimar, 12. März. (W. T. B.) Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2½ Uhr: Zweite Beratung des Sozialisierungsgesetzes. In § 1 sind die Worte: „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit" von der Kommission eingefügt. In § 2 ist die Entschädigungspflicht neu eingefügt, ebenso die Bestimmung, daß die gemeinwirtschaftliche Regelung nur im Falle dringenden Bedürfnisses durch das Reich erfolgen kann.

Abg. Vögler (D. Vpt.): Meine Fraktion legt gegen die Kommissionsbeschlüsse, die nach unserer Ueberzeugung für die gesamte Volkswirtschaft verderblich sind und den Wiederaufbau unseren Wirtschaft hemmen oder gar ausschließen werden, Verwahrung ein. Wir wollen eine evolutionäre Entwicklung. Was aber in den Vorlagen verlangt wird, ist eine revolutionäre Entwicklung, für die wir eine Verantwortung ablehnen.

Abg. Wachnicke (Dem.): Von einer revolutionären Entwicklung kann nicht gesprochen werden. Wir werden rechtzeitig abzustoppen wissen. Wir erhoffen von dem Gesetz eine versöhnende Wirkung.

Der Paragraph 2 öffnet die Tür für die Sozialisierung soweit, daß wir, da wir keine Sozialisten sind, ihm nicht zustimmen können. Wenn wir trotzdem dem Gesetz als Ganzem zustimmen, so leitet uns dabei die Erwägung, daß zur Sozialisierung in jedem einzelnen Falle ein besonderes Gesetz notwendig ist, dessen Annahme in unserer Hand liegt.

Abg. Leidt (Dn.): Man könnte dem Gesetz die Ueberschrift geben: „Ein Ausflug in den Zukunftsstaat." Der Trost, es handle sich nur um ein Mantelgesetz, kann uns nicht beruhigen. Der Gesetzentwurf gibt der Regierung einen Universalschlüssel, der zur Sozialisierung alle Türen öffnet. Die damit bezweckte Beschwichtigung der unruhigen Elemente wird nicht erreicht werden. Wir lehnen die jetzt von der Regierung vorgeschlagene Art der Sozialisierung aus im tiefsten Grunde unsozial ab.

Inzwischen sind von den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei verschiedene Abänderungsanträge eingegangen.

Abg. Burlage (Ztr.): Zu § 2 hält meine Partei daran fest, daß eine Enteignung nur gegen angemessene Entschädigung stattfindet. Von Kommunismus kann keine Rede sein. Die Abänderungsanträge sind für uns unannehmbar. Wir wollen den Arbeiter in seinem Emporstreben unterstützen.

Abg. Dr. Cohn (U. S.): Wir lehnen die Verantwortung für die Vorgänge in Lichtenberg ab. Etwas sozialistischer Geist steckt ja in dem Paragraphen 2. Aber wir glauben nicht an die Ausführung des Gedankens. Die Räedemokratie auf wirtschaftlichem Gebiet wird kommen, mag man sich sperren, wie man will.

Von dem Abgeordneten Auer und Genossen läuft der Antrag ein, im Paragraphen 2 die Worte „gegen angemessene Entschädigung" zu streichen.

Hierzu verlangt die Deutsche Volkspartei namentliche Abstimmung.

Abg. Braun-Nürnberg (Soz.): Selbst wenn die Herren von der Rechten an die Regierung kämen, müßten sie heute von der Privatwirtschaft abweichen. Wir wollen die Ueberführung der Werke in den Besitz der Gesellschaft. Die Arbeiter müssen Anteil an dem Gedeihen der Unternehmungen erhalten, damit sie wieder Freude am Wirken haben. Auch wir betrachten den Gesetzentwurf lediglich als ein Rahmengesetz.

Abg. Dr. Traub (Dn.): Das ganze Gesetz bedeutet nur eine Sicherstellung der sozialdemokratischen Macht im Wirtschaftsleben. Ich fürchte die große Enttäuschung der Arbeitermassen, wenn sich die großen Versprechungen der Sozialdemokratie nicht verwirklichen lassen.

Reichswirtschaftsminister Wissel: Die Regierung fühlt die Verpflichtung, ungesäumt von der Sozialisierungsbefugnis, die ihr in diesem Gesetz übertragen wird, Gebrauch zu machen. Das Haus beschließt, die Beisprechung noch zu Ende zu führen, die Abstimmung aber morgen vorzunehmen.

Abg. Schiele (Natl.): Es wird eine riesige Verteuerung der durch Sozialisierung betroffenen Produkte eintreten. Wir verlangen, daß ausdrücklich Grund und Boden von dem Gesetz ausgenommen werden.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. Gesetz über russische Zahlungsmittel, Sozialisierungsgesetz, Kohlenwirtschaftsgesetz.

Schluß 8/9 Uhr.

Die Kämpfe in Berlin.

Lichtenberg von Regierungstruppen besetzt.

Berlin, 13. März. Wie Berliner Blätter berichten, vollzog sich die Besetzung Lichtenbergs heute vormittag fast kampflos. Das Truppenaufgebot, das die Einkreisung der Stadt vornahm, war außerordentlich stark. Die Regimenter rückten mit Artillerie, Sanitätskolonnen usw. vor. In der Nähe der Treenanstalt Herzberge wurde eine Funkentelegraphen-Station aufgerichtet, die die Verbindung mit den militärischen Stellen untereinander und mit dem Reichsmarineamt unterhält. Die Besetzung der Stadt erfolgte vollkommen planmäßig, ohne daß ein Schuß fiel. — Der Rest der „Spartakisten", die unter dem Druck der Regierungstruppen bereits während der Nacht teilweise ihre Stellungen in Lichtenberg geräumt hatten, hat um 1/2 10 Uhr die Waffen fortgeworfen und ist auf den Verschiebungen hinter dem Bahnhof Frankfurter Allee verschwunden. Bis in die Abendstunden war eine große Menge Gefangener gemacht worden, auch wurden große Mengen Maschinengewehre, Minenwerfer und ungeheure Mengen an Munition beschlagnahmt.

Berlin unter Noskes Militärgewalt.

Die Gesetzlosigkeit herrscht weiter.

Die Freiheit schreibt: Noch immer hält es die Regierung mit ihren Beteuerungen für die Pressefreiheit für vereinbar, daß unter ihren Augen Zeitungen ohne jede Angabe von Gründen verboten sind. Auch heute noch ist das Erscheinen der Republik verboten. Alle Bemühungen, eine Aufhebung des Verbots zu erlangen, waren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190313-16/fragment/page=0001

vergeblich. — Das ist um so mehr zu verurteilen, als es sich bei dem Verbot des Erscheinens der Republik ebenso um ein „Präventiv"-Verbot handelt, wie das bei der Freiheit der Fall war. Das ist aber eine durchaus ungesetzliche Anordnung, die selbst das alte Gewaltregiment verschmähte. Sie wirft ein bezeichnendes Licht auf die Regierung, die sonst zum Schutze der Pressefreiheit sogar hat Kanonen auffahren lassen. — Auch der Freiheit ist bis heute weder eine schriftliche Mitteilung über das Verbot, noch eine solche über die Aufhebung, oder über die Gründe zugegangen. Es scheint, als ob die gegenwärtigen Gewalthaber eine Rechtfertigung ihres Handelns überhaupt nicht nötig zu haben glauben. Ebenfalls als einen Akt völlig ungerechtfertigter Willkür muß ferner die Verhaftung unseres Kollegen A. Stein angesehen werden, der auf eine Denunziation hin nun schon fast eine Woche in Untersuchungshaft gehalten wird. Seine Verhaftung, wie die vieler anderer Personen, die ohne jede Veranlassung geschah, zeigt, daß das militärische Gewaltregiment ihm politisch unbequeme Personen gegen Gesetz und Recht durch Verhaftung aus dem Wege zu schaffen sucht. Auch in diesem Falle fehlt jegliche Beachtung der während des Krieges geschaffenen rechtlichen Sicherungen.

Noske gewährt keine Amnestie!

Weimar, 12. März. (W. T. B.) In der Presse ist berichtet worden, Reichswehrminister Noske habe erklärt, die Reichsregierung bereite eine Amnestie aus Anlaß der letzten Aufstände vor. Eine solche Aeußerung ist nicht getan worden, und es besteht auch eine derartige Absicht nicht. Die „Schuldigen" soll vielmehr die volle Strenge des Gesetzes treffen. Wer diesen Noske kennt, wird von ihm kaum etwas anderes erwartet haben.

Protest gegen den Belagerungszustand.

Düsseldorf, 12. März. (W. T. B.) Der Arbeiterrat beschloß am Dienstag, eine aus Mitgliedern beider sozialdemokratischen Parteien bestehende Abordnung an die Regierung in Weimar und das Generalkommando in Münster zu senden, die die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die Zurückziehung der Truppen fordern soll, ebenso die Durchführung von Maßnahmen, die nach Ansicht des Arbeiterrates zur Herbeiführung geordneter Verhältnisse notwendig sind. Eine gleichzeitig tagende Versammlung der Arbeiterausschüsse der Düsseldorfer Betriebe nahm ebenfalls zur Lage in Düsseldorf Stellung und faßte dieselben Beschlüsse.

Die neue Regierung in Bayern.

Der Münchner Post zufolge ist in der Personenfrage bei den Verhandlungen, die am Montag zwischen den Vertretern der an der Bildung des Ministeriums beteiligten Parteien und dem Aktionsausschuß des Rätekongresses stattgefunden haben, völlige Uebereinstimmung erzielt worden. Das neue Ministerium würde sich danach folgendermaßen zusammensetzen: Hoffmann (Kaiserslautern): Präsidium, Kultus und Aeußeres; Segitz: Inneres; Simon (Nürnberg): Handel, Gewerbe und Industrie; Unterleitner: Soziale Fürsorge; Endres (Würzburg): Justiz; Schneppenhorst: Militärische Angelegenheiten; Frauendorfer: Verkehr. Das Finanzministerium bleibt noch offen. Von großer Wichtigkeit ist, daß der Aktionsausschuß der Forderung, die Pressefreiheit wiederherzustellen, eine Forderung, an der auch die Vertreter der sozialdemokratischen Partei unbedingt festhalten, zugestimmt hat. Einige Differenzpunkte sind noch in der Schwebe. Gestern nahm die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei zu dieser Situation Stellung. Von ihrer Entscheidung wird viel abhängen. Kommt eine endgültige Einigung zustande, so wird der Landtag spätestens am nächsten Montag zu einer kurzen Tagung in München zusammentreten.

Die Völkerbundskonferenz.

Nach der Internationalen Sozialistenkonferenz ist jetzt in Bern (Schweiz) die Internationale Völkerbundskonferenz zusammengetreten. Ihre erste Vollsitzung tagte am 10. März. Es nahmen daran teil Abgeordnete aus Dänemark, Deutschland, England, Italien, Ungarn und der Schweiz sowie Gäste aus Amerika, Bulgarien, Griechenland, Rußland, der Türkei, Mazedonien, der Ukraine und zionistische Vertreter. Dr. Häberlin (Schweiz) begründete als Referent der zweiten Kommission eine Entschließung über den Völkerbund, die verlangt, daß der Völkerbund den Weltfrieden sichere, die wichtigsten materiellen Interessen der Völker regele und die Zusammenarbeit der Völker auf materiellem Gebiet fördere. Prof. Mendelssohn-Bartholdy legte größtes Gewicht auf die Gleichstellung der kleinen Staaten mit den großen im zukünftigen Völkerbund, damit die Politik der Großmächte und die Politik des Gleichgewichts endgültig verschwunde. Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag Lozko, dem Völkerbund einen internationalen Gerichtshof anzugliedern, der gegen Mißbrauch mit dem gedruckten und dem gesprochenen Wort einschreiten soll, nachdem Lozko die Behandlung der Berner Reden Eisners durch die deutsche Presse als Beispiel für **die Verhetzung der Völker durch die Presse** herangezogen hatte. Richard Grelling (Deutschland), der Verfasser des Buches „J'accuse", hält ebenfalls die Kontrolle der kriegshetzerischen Presse durch den Völkerbund für angezeigt.

Die von der 6. Kommission vorgelegte Entschließung über den Wirtschaftsfrieden wurde von Geheimrat Brentano (Deutschland) unter Darlegung der wirtschaftlichen Gegensätze unter den Völkern und der dadurch ermöglichten friedensfeindlichen Stimmung eingebracht. Der Friedensstand unter den Völkern ist nur auf der Grundlage des Freihandels denkbar, wobei dieser Freihandel, zumal vom Standpunkt der deutschen Verschuldung an die Gegner, weder Monopole zu Finanzzwecken noch Einfuhrverbote zur Regelung der Valuta noch Monopole im sozialen Interesse ausschließt, dagegen das Prinzip der Offenen Tür in den Kolonien einschließt. Brody (Amerika) begründete fünf **Forderungen der Entschließung, die während der Uebergangszeit der Weltrationierung der gesamten Rohstoffe** an die einzelnen am Weltkriege beteiligten Nationen zu grundsätzlich gleichen Preisen entsprechend ihren Bezügen von 1910—13 verlangt. Die Weltrationierung sei eine Notwendigkeit, die durch die Schiffsraumfrage, die Arbeiterfrage und die Tatsache, daß die Weltvorräte den notwendigen Bedarf aller Staaten nicht im entfernesten decken können, bedingt sei. Persönlich erklärte Brody, der überwiegende Teil Amerikas stehe auf dem Standpunkt, daß **die Fortdauer der Blockade eine Schmach sei.**

Bern, 12. März. In der gestrigen Sitzung des internationalen Völkerbundskongresses wurde eine Entschließung angenommen, wonach neutrale Mitglieder verlangen, daß die noch in den Händen der feindlichen Mächte befindlichen Kriegsgefangenen ungesäumt freigelassen werden. Ferner eine Entschließung über die internationale Arbeitergesetzgebung, die in der internationalen Regelung der Arbeitergesetze eine Aufgabe des Völkerbundes sieht und in der praktischen Gesetzgebung sich auf die Beschlüsse der Berner internationalen Gewerkschaftskonferenz stützt. Ein Zusatzantrag beklagt, daß die Frauen für die gleiche Arbeit wie die der Männer die gleiche Löhnung erhalten. Ein weiterer Zusatzantrag verlangt Berücksichtigung der Arbeiter- und Soldatenräte und wird von Einstein (Deutschland) unterstützt.

Verschärfung des tschecho-slowakisch-österreichischen Konflikts? Nach Zeitungsmeldungen aus Wien sind die Beziehungen zwischen der tschecho-slowakischen und der deutsch-österreichischen Republik abgebrochen worden. Der tschecho-slowakische Gesandte Tusar befindet sich noch in Wien und hatte noch keine Weisung erhalten. Deutsch-Oesterreich zu verlassen, dagegen sei ihm, wie weiter berichtet wird, von seiner Regierung befohlen worden, keine weiteren Verhandlungen mit der Wiener Regierung zu führen. Noch den Meldungen Tusars sei jedoch anzunehmen, daß die Verhandlungen in Prag fortgesetzt würden.

Unsere Stellung zu den Gewerkschaften.

Eine Entschließung des Parteitages.

Der Parteitag der Unabhängigen Partei nahm am Mittwoch folgende Entschließung an:

„Die Revolution, die Durchsetzung des Rätesystems und die in ihre Hand zu legende politische und wirtschaftliche Macht ändert auch die seitherige Stellung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Die revolutionäre Entwicklung ist jedoch noch im Fluß und heute ist der Zeitpunkt verfrüht, um bereits die Stellung der Gewerkschaften im zukünftigen Gesellschaftsleben in seinen Einzelheiten festzulegen. Die Arbeiterklasse hat zu verlangen, daß die Gewerkschaften als eines der Kampfesglieder im Befreiungskampfe des Proletariats den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse aufs nachdrücklichste unterstützen.

Auf das schärfste ist zu verurteilen, wenn ein wesentlicher Teil der Gewerkschaftsangestellten, wenn die Gewerkschaftsbureaukratie dem revolutionären Kampf des Proletariats teilnahmslos oder gar feindlich gegenübersteht, diesen Kampf in seinen einzelnen Phasen nicht unterstützt, sondern ihm die größten Hindernisse bereitet. Ein solches Verhalten steht auf gleicher Stufe, wie die Politik der Gewerkschaften während des Krieges, deren Führer im Verein mit den Rechtssozialisten den Boden des Klassenkampfes verließen, den Sozialismus preisgaben, zum Träger der Kriegspolitik wurden und damit die Interessen des Proletariats aufs schwerste schädigten. Pflicht der Gewerkschaftsmitglieder ist es, der gekennzeichneten Politik jener Gewerkschaftsführer und -angestellten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten, die Schäden innerhalb der Gewerkschaften zu beseitigen und letztere zurückzuführen auf den Boden des revolutionären Klassenkampfes.

Um dieses zu erreichen und damit den Interessen des Proletariats zu dienen, ist es notwendig, daß sich jedes Mitglied der U. S. P. als Anhänger des revolutionären Proletariats in den Gewerkschaften betätigt. Nicht durch den Austritt aus den Gewerkschaften, sondern durch unsere Mitarbeit innerhalb derselben werden die Gewerkschaften auf den Boden der Revolution gebracht, in Wesen und Inhalt zurückgeführt zum proletarischen Klassenkampfe.

Mit dieser prinzipiellen Stellung zu den Gewerkschaften läßt der Parteitag die Organisationsfragen und Differenzen in den einzelnen Gewerkschaften, die umstrittenen Organisationsformen im Gewerkschaftsleben u. a. unberührt.

Der Parteitag empfiehlt den Gewerkschaftsgenossen der U. S. P. die Einsetzung einer zentralen Kommission, die mit Unterstützung gleicher Kommissionen in den einzelnen wirtschaftlichen Gebieten des Landes die weitere Entwicklung der Gewerkschaften, ihre Tendenzen und Erscheinungen beobachtet, Informationen austauscht, den Genossen mit Material dient usw., im übrigen aber an ihrem Teil die gesteigerte Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf zu fördern sucht."

13.3.19

Aus der Partei.

Beirat und Kontrollkommission der U. S. P. D.

Bei der Wahl zum Beirat der gemeinsam mit dem Zentralkomitee die Zentralleitung der U. S. P. D. bildet, haben Stimmen erhalten: Fleißner, Dresden, 100, Braß, Remscheid, 97, Henke, Bremen, 89, Oerter, Braunschweig, 87, Herzfeld, Berlin, 75, Käpelin, München, 68, Kurbs, Halle, 68, Lipinski, Leipzig, 57, Dißmann, Frankfurt a. M., 49, Blumtritt, Hof, 46, V. Dittmann, Hamburg, 33, Schnellbacher, Hanau a. M., 31, gersplittert 6 Stimmen. Die sieben Erstgenannten sind gewählt.

Für die Kontroll-Kommission ergab die Wahl folgendes Ergebnis: Lore Agnes, Düsseldorf, 120, Ludwig, Hagen, 106, Beck, Offenburg, 106, Bock, Gotha, 106, Wengels, Berlin, 97, Karsten, Peine, 95, Schwarz, Mannheim, 9, Fr. Geyer, Leipzig, 88, zersplittert 16 Stimmen. Gewählt sind auch hier die sieben Erstgenannten.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13. März 1919.

Statt Abbau — Ausbau des Belagerungszustandes.

Mit heutigem Tage ist der Belagerungszustand erweitert worden auf das ganze Gebiet um Halle im Umkreis von etwa 30 Kilometern. Die Grenze des neuen Gebietes wird sich also über Könnern, Seeburg, Schafstedt, Mücheln, Dürrenberg, Schkeuditz, Delitzsch, Bitterfeld, Wolfen und bis zur Grenze von Anhalt hinziehen. General Maercker begründet den Schritt damit, daß auch auf dem Lande geplündert wird und wohl auch noch Waffen versteckt gehalten würden. Wir müssen trotz der angeführten Gründe die Erweiterung des Belagerungszustandes als überflüssig und falsch bezeichnen. Daß leider einzelne Eigentumsvergehen vorkommen, ist sicher richtig. Aber das ist eine schon lange auftretende Folge der immervollen Ernährung, die erst mit der Besserung der Lebensmittelversorgung verschwinden wird. Wozu hat man denn da Schutz- und Bauernwehren oder wie sie sonst heißen mögen, gegründet? Wir wünschen auch dringend Schutz der Einwohner gegen Plünderungen, aber diese Maßnahme ist durchaus nicht geeignet, Beruhigung zu schaffen. Auf dem Lande sollen noch viel Waffen sein. Mit dieser Begründung kann jederzeit der Belagerungszustand noch weiter ausgedehnt werden. Wo gibt es dann noch eine Grenze und ein Ende?

Die Erweiterung des Belagerungszustandes steht vor allem auch im schärfsten Widerspruch zu den Zusagen, die General Maercker bei Beendigung des Generalstreiks gegeben hat. Er hat damals der Streikleitung in Aussicht gestellt, daß **mit dem Abbau des Belagerungszustandes sofort begonnen werden solle.** Hauptsächlich forderte die streikende Arbeiterschaft, **die Zurücknahme der Regierungstruppen.** Es wurde zugesagt, sie solle so schnell als möglich erfolgen. Die Truppen des Landesjägerkorps sollten „Zug um Zug" herausgezogen werden, nach Maßgabe der Bildung des Wachtregiments. Nur kleinere Verbände sollten hierbleiben, bis die Hauptmasse der Waffen abgeliefert sei.

Das Wachtregiment sowie das Freikorps Halle ist gebildet und in Tätigkeit, die Hauptmasse der Waffen ist abgeliefert, aber von den Regierungstruppen ist noch kein einziger Zug herausgezogen worden. Statt dessen nun noch eine Erweiterung des Belagerungszustandes. Was der Arbeiterschaft vor acht Tagen zugesagt wurde, ist nicht gehalten worden. Welche Wirkungen diese Maßregeln bei der Arbeiterschaft auslösen werden, dürfte auch den militärischen Machthabern ohne weiteres klar sein.

Städtische Lebensmittelausgabe.

Der Verkauf von frischen grünen Heringen beginnt am Freitag früh in den einschlägigen bekannten Geschäften. Für jede Person eines Haushaltes kann zirka ein halbes Pfund abgegeben werden. Der Verkaufspreis ist in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsschein Nr. 20, Abschnitte 279. Auf diese Abschnitte werden nur grüne Heringe verabreicht. Zugelassen zum Einkauf sind die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 34 501—38 000 und 46 001—49 500.

Der städtische Verkauf von Heringen in der Talamtschule wird am Freitag, den 14. März, fortgesetzt. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 38 000 bis zurück 31 501 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 31 500 bis zurück 27 001 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden zirka 110 Gramm zum Preise von 30 Pfennigen abgegeben.

Der **Verkauf von Sirup** beginnt am Freitag, den 14. März. Für jede Person eines Haushalts wird ½ Pfund abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 55 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern den Sirup einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt nach neuer Kundenliste. Die Abgabe hat unter Abtrennung der Marke 283 des Warenbezugsscheines 20 zu erfolgen.

Die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch und Wurst, die in der Woche vom 10. bis 16. März bei den Fleischern auf Grund der Reichsfleischkarte entnommen werden darf, wird auf **300 Gramm** festgesetzt. Es berechtigen nur die für die Woche vom 3. bis 9. März geltenden Fleischmarken 3 A—K bezw. 3 A—E der Kindeskarten zum Bezuge von Schlachtviehfleisch oder Wurst bei den Fleischern, und zwar dürfen die gesamten Abschnitte zur Entnahme von Fleisch oder Wurst verwendet werden. Die Abschnitte der Reichsfleischkarte für die Woche vom 10. bis 16. März behalten auch über den 16. März Gültigkeit.

Rotzwurst-Verkauf. In der Woche vom 10. bis 15. März dürfen für jede zum Roßfleischbezug angemeldete Person 125 Gramm Wurst aus Pferdefleisch bei den Roßfleischhändlern entnommen werden. Der Warenbezugsschein 20 ist beim Einkauf vorzulegen und die Marke 284 von den Roßfleischhändlern für jedes verabfolgte Viertelpfund abzutrennen. Der Verkauf findet am Sonnabend, den 15. d. M., statt.

* **Das Gewerkschaftskartell** hält morgen, Freitag, abend ½ 7 Uhr, im Volkspark eine wichtige Sitzung in Gemeinschaft mit den Gewerkschaftsvorständen ab. Es sollen die Wahlbeisitzer für die Arbeiterratswahlen ernannt werden.

Verantwortlich: für Politik und Parteinachrichten: Karl Bock; für Halle und Saalkreis und für Aus der Provinz: Gustav Kuhpatzek; für Anzeigen: Hermann Schade; Verlag: Volksblatt, G. m. b. H.; Druck: Hallische Genossenschafts-Buchdruckerei, G. m. b. H. Sämtlich in Halle.

Amtliche Bekanntmachungen.

Diemitz.

Es wird auf die seitens des Herrn Landrats des Saalkreises und des Arbeiter- und Bauernrates des Saalkreises in Halle erlassene Kundmachung vom 21. Februar 1919 über die Pflicht zur Ablieferung von Waffen und die diesbezüglichen Aushänge in den Gemeinden des hiesigen Amtsbezirks hingewiesen.

Die Frist wird äußerst auf den 15. ds. Mts. ausgedehnt. *3391

Diemitz, den 7. März 1919.

Der Amtsvorsteher. Dr. Berthold.

Merseburg.

Ausgabe der Butter und Margarine am Sonnabend den 15. März 1919.

Abgabe der Marken bis Donnerstag abend.

Es werden zugeteilt an die Kunden der Buttersellen 1—7 und zwar: 1. Albert, Schmalestraße 15; 2. Vogel, Markt 17; 3. Fischer, Weißenfelserstraße 12; 4. Kötteritzich, Gotthardstraße 21; 5. Frahnert, Kleine Ritterstraße 2; 6. Kuncke, Gutenbergstraße 1; 7. Konsumverein, Leuchtfeuerstraße 18, 45 Gramm Butter zum Preise von 36 Pf., an die Kunden aller übrigen Buttersellen 45 Gramm Margarine zum Preise von 20 Pf. Auf jede Zusatzfettmarke (mit dem Buchstabe K und G) werden in allen Stellen 50 Gramm Butter zum Preise von 40 Pf. verabfolgt.

Merseburg, den 11. März 1919.

L. A. II. 644/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von Sirup auf Bezugschein und Quittung Nr. 36, für die Zeit vom 10.—16. März am Donnerstag, den 13. März 1919, in nachstehenden Verkaufsstellen: G. Fuß, Gotthardstraße, Bergmann, Gotthardstraße, Rauch, Markt, Konsum a. d. Geiseltal, Weißling, Obere Breitestraße, Bohle, Sand, Speiser, Breitestraße, Classe, Breitestraße 1, Dorn, Markt, Köppe, Oberburgstraße, Traxdorf, Neumarkt, Aktrip, Amtshäuser, Schmidt, Unterweltenburg, Schumann, Unterweltenburg, Kulicke, Lindenstraße, Wackernagel, Clobicauerstraße, Konsum, Laucha-Straße, Steger, Weißenfelserstraße. Auf den Kopf werden 200 Gr. Sirup zum Preise von 28 Pf. zugeteilt. Die Verkaufsstellen haben die eingenommenen Bezugscheine und Quittungen am Montag, den 17. März 1919 bis mittags 12 Uhr, an die städtische Lebensmittelverteilung, Gr. Ritterstraße 5, abzuliefern.

Merseburg, den 11. März 1919.

L. A. II. 642/19. Das städt. Lebensmittelamt.

Bekanntmachung.

Vom 11. d. M. ab verkehren bis auf weiteres Personenzüge:

Zug Nr.	20	24	52	54		Zug Nr.	21	25	53	55
	5.10	6.10	4.00	5.40	ab Halle/Sl.	an	6.00	7.00	5.05	6.10
	5.19	6.19	4.09	5.49	ab Nietleben	ab	5.50	6.50	4.57	6.03
	5.30	6.30	4.40	5.55	an Dölauer Heide	ab	5.40	6.40	4.50	6.00
	W.						W.			

Halle a. S., den 10. März 1919. *3387

Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Vom 13. d. M. ab verkehren bis auf weiteres Personenzüge in beschränktem Maße zwischen Halle/Klaustor und Hettstedt. Näheres ergeben die auf den Stationen ausgehängten Fahrpläne. *3390

Halle, 12. März 1919. Halle-Hettstedter Eisenbahn.

Ausgabe von Mager- und Buttermilch in der Woche vom 10. bis 15. März 1919 in sämtlichen Verkaufsstellen. Es werden an Mager- und Buttermilch zugeteilt: auf Feld 17 und 18 (soweit dieses noch nicht beliefert ist) sowie auf Feld 19 für alle Versorgungsberechtigten ¼ Liter.

Merseburg, den 10. März 1919.

L. A. II 643/19. Das städtische Lebensmittelamt.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben, unvergeßlichen Tochter und Schwester, meiner lieben Braut,

Martha Kaule

sagen wir hierdurch herzlichen Dank. Besonderen Dank Herrn Pastor Paasche für seine tröstreichen Worte am Grabe, den Herren Lehrern Truffel und Jahn nebst Schuljugend für Gesänge im Hause und am Grabe, Herrn Dr. Märdorf und Schwester Marie für ihre Bemühungen, Dank der Jugend von Bruckdorf für Brautschmuck, Blumenspende und Musik. Dank allen denen, die ihren Sarg mit Blumen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Familie Karl Kaule.

Hermann Bettmann, als Bräutigam.

Familie Bettmann, Schwoitzsch.

Bruckdorf, den 12. März 1919. 5590

Klavier-, Violin-, Cello-, Sologesang-Unterricht

wird auch an Anfänger erteilt in 5592

Heldrichs Konservatorium

Gütchenstrasse 20.

Anmeldungen täglich.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben, unvergeßlichen Sohnes

Willi Meyberg

sagen wir allen denen, die ihm das letzte Geleit gaben und seinen Sarg mit Blumen schmückten, unseren herzlichen Dank. Herzl. Dank dem Bergarbeiter-Verband Osmünde, ferner Dank der Jugend von Gröbers und Herrn Pastor Kleemann für seine tröstenden Worte am Grabe.

Du warst so jung, du starbst für uns viel zu früh, lieber Willi, wir vergessen dich nie. 5592

In tiefem Schmerz

Familie H. Meyberg.

Gröbers, 12. März 1919.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190313-16/fragment/page=0002

Sozialdemokratischer Verein Halle (U. S. P.).

Wichtige Funktionärsitzung am Freitag, den 14. März, abends 6 Uhr im Volkspark.

Bei der hohen Wichtigkeit der Tagesordnung muß jeder Distrikt von Halle vertreten sein.

Der Vorstand. J. A.: Adolf Albrecht.

Ein Schreckensurteil.

Am Mittwoch tagte wieder das außerordentliche Kriegsgericht des Freiwilligen Landesjägerkorps Halle. Es hat schon eine Reihe Urteile gefällt gegen Leute, die sich länger als bis 7 Uhr abends auf der Straße aufgehalten hatten. Auch gestern wurden wieder 14 derartige Fälle verhandelt, die meist mit Freispruch endeten. Dann stand unser Parteigenosse, der Geschäftsführer des Volkspalastes, Emil Koch, vor dem Richterkollegium, das aus 2 Zivilrichtern und 3 Offizieren besteht. Gen. Koch war angeklagt, den Korpsbefehl vom 3. März 1919 übertreten zu haben, indem er im Volkspark befindliche 33 Karabiner, 2 Gewehre, 4 Degen und 2 Seitengewehre nicht, wie im Korpsbefehl vorgeschrieben, bis zum 6. März abgeliefert hat. Gegen Koch war Anzeige wegen Geheimschlachtung erfolgt, weswegen am 6. März eine Haussuchung stattfand. Eine zweite Haussuchung am 7. März förderte in einem Turmzimmer die Waffen zutage. Gen. Koch erklärte, er habe von dem Vorhandensein der Waffen nichts gewußt. Nach Ausbruch der Revolution haben im Volkspark oft große Soldatenversammlungen stattgefunden, bei denen viel Waffen liegen geblieben sind. Er hat wiederholt den Aktionsausschuß des hiesigen Soldatenrats ersucht, die Waffen abzuholen. Da dies anfangs nicht geschah, hat er die Waffen sammeln und in dem Turmzimmer verwahren lassen. Im Januar sind dann in seiner Abwesenheit 250—300 Gewehre vom Soldatenrat abgeholt worden. Er hat damals geglaubt, es seien alle Waffen abgeholt und gesagt: „Gott sei Dank, daß ich die Waffen los bin." Als am 7. März die Offiziere den Schlüssel zum Turmzimmer verlangten, hat er ihn anstandslos ausgehändigt. Auf den Einwand des Vorsitzenden, warum er nach dem Befehl des General Maercker vom 3. März nicht nochmals nach Waffen in seinem Lokal gesucht habe, erklärte er, er habe erstens bestimmt angenommen, es seien keine mehr vorhanden, er sei aber auch mit der Lebensmittelversorgung für die Bevölkerung während des Generalstreiks so überlastet gewesen, daß ihm die Zeit dazu fehlte.

Seine Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Pfeiffer und Schiller, stellten unter Benennung von Zeugen eine Reihe Beweisanträge. Sie wollten nachweisen, daß sich Gen. Koch immer gegen Gewalttätigkeiten ausgesprochen hat, daß er um die Beholung der Waffen besorgt gewesen und beim Streik durch die Lebensmittelversorgung überlastet gewesen ist, so daß er an die Waffen nicht gedacht habe. **Alle diese Anträge,** die bei Eintritt in die Verhandlung mündlich und später in erweiterter Form schriftlich **gestellt wurden, lehnte das Gericht ab. Es lehnte auch den anfangs gestellten Vertagungsantrag ab, den die Verteidiger damit begründeten, daß es ihnen bis zur Verhandlung unmöglich gewesen ist, mit Koch überhaupt zu sprechen, obwohl sie beim Kriegsgerichtsrat vorstellig geworden sind.** Auch der letzte Versuch der Verteidiger, eine Anzahl selbigeladener Zeugen vernehmen zu lassen, wurde abgelehnt und zwar nach einer Beratung von kaum 2 Minuten.

Der Anklagevertreter beantragte das Höchstmaß von 1 Jahr Gefängnis, weil Koch genau gewußt haben müsse, daß Waffen in den Volkspark gebracht worden sind. Er habe sie absichtlich verborgen, um sie zu bestimmten Zwecken zu verwenden. Die Verteidiger forderten Freispruch. Es sei ganz unwahrscheinlich, daß Koch von den Waffen gewußt und sie zu unlauteren Zwecken aufbewahrt habe. Es sei doch auch bekannt, daß die U. S. P. Gewaltakte verwerfe. Deswegen habe sie doch gegen links, gegen Spartakus, den Trennungsstrich gezogen. Auch rechtlich sei die Freisprechung zu fordern, da General Maercker nur die vorläufige Nichtablieferung der Waffen treffen wollte. In diesem Falle könne aber höchstens Fahrlässigkeit in Frage kommen. Eine sorgfältige Prüfung sei unumgehr am Platze, als es gegen das Urteil kein Rechtsmittel der Berufung gebe.

Trotz alledem erkannte das Gericht nach längerer Beratung nach dem Antrage des Anklagevertreters auf **ein Jahr Gefängnis.** In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Obwohl die Waffen im Januar abgeholt worden sind, sei nicht anzunehmen, daß die 33 Schußwaffen zurückgelassen wurden. Sie müssen hingebracht worden sein. Koch sei es sicher bewußt gewesen, daß sie noch da waren; als Wirt habe er wissen müssen, was in seinem Lokal vorgeht. Heimliche Waffendepots seien in jetziger Zeit sehr gefährlich. Das zeigten die Zustände vom 2. und 3. März, wo Leben und Eigentum nicht mehr sicher waren. Die Waffen hätten zweifellos nur dagelegen, um Elementen zu dienen, Zustände herbeizuführen, wie sie tatsächlich herbeigeführt worden sind. Auch die übrigen Beweisanträge haben das Gericht nicht überzeugen können. Genosse Koch mußte die Strafe sofort antreten.

Dieses Urteil würde, wenn eine Berufung möglich wäre, keinesfalls aufrecht erhalten werden können. Es ist ein nacktes Klassenurteil und ist nur zu verstehen aus der gegenwärtigen Zeit und den jetzigen Verhältnissen. Formell ist dem Gesetz, das allerdings nicht mehr in einer sogenannten sozialistischen Republik Anwendung finden dürfte, wohl Genüge getan, aber Richter sollen auch die subjektive Seite berücksichtigen. Ja, in diesem Falle wäre das sogar unerläßlich gewesen, denn das harte Urteil ist nur auf ganz ungewissen Annahmen begründet, die bei gründlicher Prüfung der subjektiven Seite haltlos erscheinen. Wer Genossen Koch kennt, ist fest davon überzeugt, daß er von den Waffen nichts gewußt und die ihm vom Richter unterschobenen Absichten nicht gehegt hat. Er ist das Opfer einer Justiz, die herrlich in die „freie Republik" der Ebert-Scheidemann-Noske paßt.

Konservative Sozialisierungs-Nöte!

Das Sozialisierungsgesetz, das jetzt im Nationaltheater in Weimar zur Beratung steht, hat die Reaktionäre aus Rand und Band gebracht. Sie sehen ihre „heiligsten Güter", das Privateigentum, den Geldsack und ihre Ausbeuterrechte gefährdet und toben und wettern nun gegen die Vorlage, was das Zeug hält. In der Halleschen Zeitung vom Dienstag, den 11. März, macht ein gewisser Dr. Schiele-Naumburg, ein Reaktionär von reinstem Wasser, wutentbrannt das deutsche Spießertum mit allen Mitteln abgesteinter Demagogie vor dem Gesetz gruselig. Die Auslegung, die er den einzelnen Paragraphen der Vorlage gibt, sind interessante Bekenntnisse einer schönen Zuckerseele, die wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. So gibt Herr Schiele dem § 1 des Gesetzes diese Ausdeutung:

„Die Arbeitskraft als höchstes wirtschaftliches Gut steht unter dem Schutze des Reiches. Das bedeutet (meint dieser Schiele) „möglichst wenig Arbeit für den Herrn Arbeiter, und daß die übrigen Stände ihm zu dienen haben".

Kommunismus ist ihm „Aushungerung des deutschen Volkes durch das Deutsche Reich, die große deutsche Kriegsdummheit, über die unsere Enkel noch lachen und weinen werden".

§ 3. Die deutsche Gemeinwirtschaft wird von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern geleitet. Die Selbstverwaltungskörper werden vom Reich beaufsichtigt. Das Reich kann sich bei der Durchführung der Aufsicht der Behörden der Gliedstaaten bedienen.

Die „Folgen" dieses Paragraphen werden nach Herrn Schiele geradezu fürchterlich sein:

„. . . . Das aber die Hauptsache ist, die ganze furchtbare stinkende Korruption, die von einer kommunistischen Riesenkrankheit untrennbar ist, wird weiterleben wie ein großer Krebsschaden, in welchem noch alles, was es an deutscher Treue gibt, sich in Gase verwandeln wird".

Den „Bauern" aber kündet er schreckhaft an:

„. . . . Das bedeutet Fortsetzung der Zwangswirtschaft für Euch, meine lieben deutschen Bauern. Man wird Euch weiterhin das Getreide zum niedrigen Preise abnehmen, **desgleichen das Vieh. Dafür gibt man Euch Kohle, Stickstoff,** Kali, Phosphor und den elektrischen Strom zum erhöhten Preise. Mit diesem Preiswucher kann man Euch alles abquetschen, was man will. In einer kommunistischen Wirtschaft ist der städtische Proletarier der Herr, und **der Bauer der Knecht,** solange der Bauer sich diese verkehrte Welt gefallen läßt. Aber denkt nicht, daß Ihr dies jetzt leicht abwerfen könnt. Hungrige und müde Pferde vor einer schweren Last können nicht durchgehen, sie sind wehrlos. Laßt Euch nicht einspannen in diese kommunistische Wirtschaft, sie ist Euer Tod. . . . Die Hinrichtung findet sofort nach dem Tage der Verkündigung statt. . . . Das Ende wird sein, daß wir in einem Jahre in Deutschland kein ehrliches Gewerbe mehr haben, welches seinen Mann ernährt, sondern nur eine deutsch-russische Bolschewistenarmee, welche das Volk auffrißt. Oder kommt uns noch der Retter, der mit den sittlichen Kräften, die das alte System noch hat, mit Waffen des Geistes **und Waffen der Faust(!)** eine lebendige Mauer entgegenzusetzen versteht dem Ansturm dieser Mächte des Todes."

Schauderhaft, höchst Schauderhaft! Wie man sieht, versteht es dieser alte Reaktionär ganz vortrefflich, die unheilvollen Folgen und das ungeheure Elend, die das ruchlose Junkerregiment dem deutschen Volke gebracht hat, mit der „Geschwindigkeit" eines Hexenmeisters der — Revolution und ihren Notwendigkeiten zu unterschieben. Seine elenden demagogischen Kostüümchen und seine Aufpuschereien der gedankenlosen Spießer beweisen aber auch, welch gründliche Arbeit die Revolution in Deutschland noch zu allbeutsch-konservativ-junkerlichen Volksverderber nach all dem Furchtbaren, das ihre Herrschaft dem deutschen Volke gebracht hat, noch immer die Frechheit besitzen, zu drohen, daß sie sich der einzigen Möglichkeit der Wiederaufrichtung der zusammengebrochenen deutschen Volkswirtschaft mit den „Waffen der Faust" widersetzen zu wollen! Nun, die Herren mögen es nur versuchen. Sie werden sich an der eisernen Phalanx der revolutionären Arbeiterschaft die Köpfe einrennen!

Neuwahl des Arbeiterrates.

Arbeiterinnen und Arbeiter!

Privatangestellte und Beamte!

Die unternehmerfreundlichen Beamtenvereinigungen und die Scheinsozialisten halten die Zeit für gekommen, um den Einfluß des Halleschen Arbeiterrates zu brechen. Zwischen der Bekanntmachung der Wahl und der Wahl selbst sind nur wenige Tage, so daß Ihr alle Kraft anwenden müßt, um Euch durch die Neuwahl Euren bisherigen Einfluß im Arbeiterrat zu sichern. Darum wirkt überall,

in Fabriken, Werkstätten und Büros,

für die Wahl von Männern und Frauen, die Eure Interessen, die Interessen des werktätigen Volkes vertreten.

Die Wahl findet am kommenden Sonntag, den 16. März, statt.

Die Wahlzeiten stehen noch nicht fest. Wahlberechtigt sind alle Personen beiderlei Geschlechts, die das 20. Lebensjahr erreicht haben und gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt sind, wenn das Jahreseinkommen den Betrag von 10 000 Mark nicht übersteigt. Für Arbeitslose soll versucht werden, eine Legitimation zu erwirken.

Wer vom Wahlrecht Gebrauch machen will, muß sich eine Bescheinigung der Betriebsleitung, der vorgesetzten Behörde, verschaffen, die auch die Lohn- und Gehaltshöhe angibt. Es soll versucht werden, auf die Stadtverwaltung einzuwirken, daß diese Bescheinigungen durch einheitliche Formulare von der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Beachtet morgen das Volksblatt, damit die Ausgabestellen der Bescheinigungsformulare Euch bekannt werden.

Das Wahlverfahren ist wie bei den bisherigen Wahlen und erfolgt die Wahl durch Stimmzettel nach dem Verhältniswahlsystem.

Seit Bestehen des Arbeiterrates haben die Gewählten alles versucht, im Interesse aller Schichten des werktätigen Volkes zu wirken. Wenn trotz der schwierigen Ernährungsverhältnisse die Bevölkerung von Halle bisher vor der schlimmsten Not bewahrt wurde, dann hat sie es zu einem großen Teil dem Arbeiterrat zu danken. Durch kein rücksichtsloses Eintreten für die Interessen des Volkes, hat er sich den Haß der herrschenden Kapitalistenklasse zugezogen.

Man hält die Zeit für gekommen, seinen Einfluß zu brechen. Das muß das schaffende Volk verhindern.

Darum werbt bis zum Sonntag für die **Wiederwahl des Arbeiterrates, für Wahl von Männern Eures Vertrauens.**

Zur Milderung der Kohlennot

macht ein Leser die folgende Anregung: Wie viele andere Städte, hat auch die Einwohnerschaft von Halle durch Ausfall von Gas und Elektrizität mittelbar und durch Mangel an Heizmaterial unmittelbar unter der allgemeinen Kohlennot zu leiden. Die Stadt Leipzig will diesen Notstand dadurch wesentlich verringern, indem sie bestrebt ist, elektrische Energie von dem in Bitterfeld stehenden Großkraft-Werk der Firma Griesheim-Elektron zu beziehen. Das Werk ist direkt auf Kohle erbaut und hat durch das Ende des Krieges große Mengen elektrische Energie frei bekommen, die anderweitig unbringend verwendet werden können. Der Preis pro K.-W.-Stunde kommt so niedrig zu stehen, daß ein städtisches Werk den Strom nicht so billig herstellen kann und selbst nach Abzug der geringen Betriebs- und Instandhaltungskosten ein großer Betrag erspart wird, welcher der Stadt dann zugute kommt. Außerdem werden die bisher im Städtischen Werk verbrannten Kohlen für Heizzwecke frei. — Die Leipziger haben also die angenehme Aussicht, daß sie nächsten Winter nicht mehr ohne Licht und Kraft ihr Leben fristen müssen, sondern ihnen auch mehr Kohlen zum Heizen zur Verfügung stehen. — Es würde sicher dem Wunsche der Hallischen Einwohnerschaft entsprechen, wenn die städtischen Behörden ein gleiches Projekt ins Auge fassen würden; **das Kraftwerk der Firma Griesheim-Elektron** verfügt noch über genug Energie, um auch die Stadt Halle mit Strom versehen zu können. Die hierzu erforderliche Freileitung von 30 Kilometern könnte als Notstandsarbeit ausgeführt werden. Auf diese Weise könnte für einen großen Teil Hallischer Einwohner Arbeit, Licht, Kohle und Brot beschafft werden.

---

* **Beschlagnahme des Plünderungsgutes.** Die durch die Plünderungen geschädigten Geschäftsleute werden gebeten, die in der Moritzburg lagernden Sachen anzusehen und ihr Eigentum herauszunehmen. Die Rückgabe der Sachen erfolgt später. Zum Betreten der Moritzburg ist eine Bescheinigung des zuständigen Polizeireviers erforderlich.

* **Speck, Butter und Vaterlandsliebe.** Eine Korrespondenz berichtet über den Geist der Truppen, auf die die junge Republik ihre Zukunft gründet: „Länger als vier Wochen halten viele nicht aus, trotz der Speck- und Butterlieferungen, trotz täglicher Fleischration, guter Kost, Zigaretten und dreimal Kaffee am Tage". Es wäre einfacher, anstatt der Werbeplakate „Wer sein Vaterland liebt", Menukarten anzuschlagen. Jedenfalls auch ehrlicher.

* **Kriegsunterstützungen.** Die Auszahlung der am 16. März fälligen Kriegsunterstützung findet erst am 18. März, der am 1. April fälligen erst am 3. April durch die zuständigen Armenpfleger statt.

* **Wieder eine Handgranate.** Nach Mitteilung der Polizei ist in der verflossenen Nacht in der Nähe des Hofjägers in der Lindenstraße eine Handgranate in den Garten der Franckeschen Stiftungen geworfen und mehrfach auf Landesjäger geschossen worden. **Auch im südlichen und westlichen Stadtteile wurde lebhaft geschossen. Einzelne Schüsse wurden vermutlich aus einem Grundstück der Jakobstraße abgegeben.**

* **Stadttheater.** Heute, Donnerstag, wird Anzengrubers Bauernkomödie Der Gewissenswurm zum ersten Male wiederholt. Freitag geht Rossinis komische Oper Der Barbier von Sevilla erstmalig in Szene. Sonnabend: Die Rose von Stambul, Sonntag: Carmen. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß alle Vorstellungen um 5 Uhr beginnen. Ersatzansprüche für zu den ausgefallenen Vorstellungen gelöste Tageskarten wollen spätestens bis inkl. Sonnabend, den 15. März, an der Kasse des Stadttheaters geltend gemacht werden.

Im Thalia-Theater gelangt am Sonntag, abends 6 Uhr der Schwank Die spanische Fliege von Arnold und Bach zur Aufführung.

* **Die Freie Jugend** veranstaltet Sonntag, den 16. März, einen Ausflug nach Rattmannsdorf. Die Jugendlichen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt 1 Uhr-Rannischer Platz. Alle Zuschriften sind an Walter Gräfe, Halle, Triftstr. 3, zu richten.

* **Eine Durchsuchung der Straßenviertel Kuttelhof, Spitze,** Zapfenstraße und Umgebung wurde gestern vorgenommen, wobei für einige tausend Mark Diebesgut gefunden wurde. Waren von erheblichem Werte wurden bereits bei früheren Durchsuchungen jener Gegend zutage gefördert. Vieles Gut ist, wie der Polizeibericht meldet, verbrannt und in die Saale geworfen worden. In einem Grundstück der Gerberstraße lag viel Diebesgut in der Abortgrube und war zumeist im Kot versunken. Waffen fanden sich wenig. In der Wohnung einer in der Weißenburgstraße wohnhaften Witwe wurden auf dem Heuboden versteckt ein Ballen Barchent und zwei Ballen Futterstoffe (Plünderungsgut) gefunden.

Ammendorf. Der Arbeiterrat für den Amtsbezirk Ammendorf fordert hiermit alle Einwohner des Amtsbezirk auf, alles Heereseigentum, Waffen usw., das sich noch in Privatbesitz befinden sollte, sofort beim Arbeiterrat des Amtsbezirks Ammendorf, Zimmer Nr. 13, abzuliefern. Wir ergreifen diese Maßnahme deshalb, damit die Einwohner unserer Ortschaften von den unliebsamen Hausuchungen durch Noskertruppen verschont bleiben. Denn wir mußten feststellen, daß in der Regel nur bei Arbeitern und nicht bei dem Bürgertum gehausucht wird.

Der Arbeiterrat

Die Qual des Besitzes.

Besitz ist Angst. Aus Besitzangst sind die furchtbarsten Kurzsichtigkeiten entstanden. Die Kriege, der Kampf ums Dasein, die Familienzwistigkeiten, die Klassenkämpfe. Immer war Besitzangst treibend oder abwehrend.

Entsetzlich ist die Geschichte des Streites aus Besitzangst. Wer sie studiert, schaudert. Liest mit offenen Augen die Kapitel Fugger, Rothschild, Rockefeller, römische Latifundienwirtschaft, persische Satrapenwirtschaft, germanische Hörigenwirtschaft, Maschinenwirtschaft, Konzernationswirtschaft. Ueberall trifft thr auf Besitzangst, auf Wut aus Besitzangst, auf Grausamkeiten aus Besitzangst.

Besitz ist Qual. Besitz ist noch niemals Dauerfreude gewesen. Besitz war immer Erhaltungsbestreben, Erweiterungsdrang. Besitz war Geschäftsimperialismus im kleinen und im großen, Besitz war Seelenverseuchung, Herzensverunreinigung.

Wären wir den Besitz, das Eigentum, das Erworbene des „von den Vätern Ererbten" los, wir wären glücklich. Es ist ja nicht wahr, daß der Besitz, das Eigentum Glück ist. Es ist nicht wahr, daß man erben muß, um glücklich zu werden, daß man erwerben muß, um glücklich zu sein. Man muß nicht erben, man muß nicht erwerben, um glücklich zu sein.

Ich habe diesen schäbigen Kampf nie begriffen. Heute begreife ich ihn viel weniger noch als früher. Diesen schäbigen Kampf, der die Menschen zermürbte, die Hirne verfiederte. Diesen Kampf mit der dummen Individualitätsbegründung, mit der platten Fortschrittsbegründung, diesen ganzen unnötigen Kampf, um Dinge, die doch nur, die immer nur Qual bedeuten.

Besitzangst will die Sozialisierung verhindern. Sie tritt als Sophistik auf, als technische Beschönigung, als Ausrede, als Ueberhebung. Aber sie kann das Unrecht nicht zum Recht machen, sie kann nicht beweisen, daß der Nichtbesitzende Nichtbesitzender bleiben muß. Das primitivste Recht bleibt das primitivste Recht, und ehe es nicht verwirklicht ist, wird keine Ruhe in der Welt sein.

Wir sehen ja nicht nur in Deutschland diese verschärfte Besitzangst. Wir sehen sie auch in England, wir sehen sie in Japan, in Italien, in der ganzen Welt. Wir sehen sie als Lüge, als brutale Lüge, als unerhörte Arroganz. Sie ist noch niemals so frech und so furchtsam zugleich aufgetreten. Sie ist frech aus Furcht. Sie hatte sich eingelullt, sie war eingeschlafen in den langen Friedensjahren, sie hatte nicht mit den primitivsten Berechtigungen gerechnet, sie hatte geglaubt, das Problem sei langsam und gemütlich zu lösen.

Langsam und gemütlich kann das Problem nicht gelöst werden. Mit Sozialreformen ist es nicht zu machen. Die primitivsten Berechtigungen sind so sichtbar geworden, wie nie zuvor. Der Krieg hat sie aufgezeigt in ihrer Nacktheit, in ihrer Selbstverständlichkeit. Sie müssen verwirklicht werden, die Verwirklichung ist unumgänglich.

Seht doch ein, daß es kein Glück, sondern eine Qual war! Daß es heute eine große Qual ist, ein Verstecken, ein elendes Verkriechen, ein jammerbares Entschlüpfen des lumpigen Geldes. Wenn ihr frei werden wollt, müßt ihr euch der Besitzqual entledigen. Ihr müßt stolz werden, stolz gegen den Besitz. Dann werdet ihr das wahre Eigentum erwerben, die Liebe zu einander, die Pflege, die beschauliche und eifrige Pflege der „höchsten Güter". Seid nicht mehr blind, beginnt mit der Beseitigung der Qual, wirft die Angst weg, sozialisiert! Nur so könnt ihr euch vor einer Jammerzeit retten, nur so kann diese Zeit wirklich groß werden.

Allerlei.

Schweres Flugzeugunglück bei Weimar.

Am Mittwoch vormittag stürzte in der Nähe des Flugplatzes Nohra bei Weimar ein vom Flugplatz Döberitz aufgestiegenes Flugzeug ab. Die Insassen, der Führer Leutnant Jacobs, sowie der Passagier, Direktor Lindner aus Hannover, der zur Nationalversammlung fahren wollte, waren sofort tot. Als Ursache wird eine Explosion angenommen.

Tunnels unter dem Meere.

Einer Reutermeldung zufolge herrscht im englischen Unterhause allgemein die Ansicht, daß der Beschluß der Regierung, einen Tunnel durch den Aermelkanal zu bauen, so gut wie fest steht. Der Daily Mail zufolge wird von einer Kommission in Paris auch der Plan erwogen, durch die Meerengen des Bosporus und von Gibraltar Tunnels zu bauen.

Beratungen über die Wiedereinführung der „Sommerzeit" werden zurzeit in Weimar im Reichsamt des Innern gepflogen. Die „Sommerzeit" soll im Laufe des Monats April wieder eingeführt werden.

Vor der Umwälzung ist das Volk immer unreif erscheinen; unmittelbar nach ihr war es immer reif.

Rudolf Virchow.

Amtliche Wetteranfage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Donnerstag, den 13. März. Zeitweise wolkig, kühler, ohne nennenswerte Niederschläge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190313-16/fragment/page=0003

Walhalla-Operetten-Theater.
Anf. ½8 Uhr. Ende ¼10 Uhr.
Die Faschingsfee.
Sonntag nachmittag:
Frau Holle.
Kleine Preise. Kinder halbe Preise.
Kasse 10—1½ u. 4—6 Uhr.

Zur Frühjahrs-Bestellung!
Spaten
Schaufeln
Harken
Hacken
Gabeln
Giesskannen
usw.
kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
Otto Sparmann,
neben d. Walhalla. *3389

Stadttheater.
Freitag, den 14. März 1919:
Anfang 5 Uhr. Ende ¾10 Uhr.
Der Barbier von Sevilla.
Komische Oper von Rossini.
Sonnabend:
Die Rose von Stambul.
Zu den ausgefallenen Vorstellungen gelöste Tageskarten werden bis einschl. 15. d. Mts. an der Kasse umgetauscht. 5578

Thalia-Theater
Gastspiel des Stadttheater-Personals.
Sonntag, den 16. März 1919,
abends 6 Uhr: 5579
Die spanische Fliege.
Schwank v. Arnold u. Bach.

Kriegswitwen, Kriegswaisen und Kriegseltern.

Freitag, den 14. März, nachmittags 6 Uhr, in den Weißbier-Hallen, Bernburgerstr. 24:

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
1. Wie gestalten wir unsere Zukunft besser.
2. Unsere Mitarbeit in der Hinterbliebenen-Fürsorge. 5568

Alle Kriegshinterbliebenen müssen hierzu erscheinen.

Der Einberufer. Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemal. Kriegsteilnehmer. Ortsgruppe Halle (Saale).

Apollo-Theater.
Täglich, abends 6 Uhr:
„Die schöne Kubanerin."
Operette in 3 Akten von Max Gabriel.
Die Vorstellungen beginnen 6 Uhr und enden 8.15 Uhr. 5589
Vorverkauf 9—1 und 4—5, Sonntags ununterbrochen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Solidarität, Mietleben.
Sonnabend, den 15. März, im Gasthof zur Sonne:
Gr. Tanzkränzchen.
Anfang 7 Uhr. *3386
Es ladet freundl. ein Der Vorstand.

Oeffentliche Volksversammlungen
morgen, Freitag, abends 6 Uhr, im
Letzten Dreier, Merseburgerstraße 32, und
Kaiser-Wilhelms-Halle, Neue Promenade 8.
Die Stadtverordneten **Osterburg** und **Kürbs** werden reden über:
Die Bedeutung der Neuwahl des Arbeiterrates.
Arbeiterinnen und Arbeiter, Privatangestellte und Beamte!
Der revolutionären Energie des Arbeiterrates soll das Rückrat gebrochen werden. Der Arbeiterrat soll den Interessen des Bürgertums dienstbar gemacht werden. Das gilt es, zu verhindern.
Darum: Auf in die Versammlungen.
Der Einberufer.

Sozialdemokratischer Verein Halle-Saalkreis
(U. S. P. D.)
Funktionärsitzung
am Freitag, den 14. März, abends 6 Uhr, im Volkspark.
Bei der hohen Wichtigkeit der Tagesordnung muß jeder Distrikt von Halle vertreten sein.
5593 Der Vorstand. J. A.: Adolf Albrecht.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Halle.
Freitag, 14. März, nachm. pünktlich ½6 Uhr im Volkspark (Kolonnade): 5580
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung:
1. Wahl der Delegierten zum Bezirkstag in Magdeburg.
2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag.
3. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Pünktliches Erscheinen ist unbedingt erforderlich.
Der Vorstand.

Geschäfts-Eröffnung!
Allen Freunden und Bekannten, sowie einer werten Nachbarschaft zur gefälligen Kenntnis, dass ich das
Kaffee u. Restaurant,
Martinstrasse 7 (Ecke Augustastrasse)
übernommen habe. 5595
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, alle mich beehrenden Gäste aufs beste zu bewirten.
Um regen Zuspruch bittet
Bernh. Reuschel und Frau.
Eröffnungsfeier wird noch bekanntgegeben.

Geschäftseröffnung.
Den geehrten Einwohnern von **Rockwitz** und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, dass wir hier ab 15. März 1919 ein *3385
Damen- u. Herren-Frisier-Geschäft
eröffnen. Um gütigen Zuspruch bitten
Hugo Voigt und Frau
Friseur.

Zahn-Atelier Frau v. Schulz
Sprechstunde v. 9-6 Uhr abds.
Steinweg 2. 4087
im Hause des Kgl. Standesamtes.

Kohlenversorgung für gewerbliche Verbraucher von mehr als 10 Tonnen im Monat.
Gewerbliche Betriebe, die mehr als 10 Tonnen Kohlen monatlich verbrauchen, haben ihren Bedarf umgehend für den nächsten Monat auf den vorgeschriebenen Meldekarten anzumelden. Für die im Stadtkreise wohnhaften Verbraucher sind die Meldekarten in der Kriegskohlenstelle, Marktplatz 22, vormittags von 8½ bis 12½ Uhr, abzuholen. Der Preis beträgt 35 Pfennige für ein Heft zu 4 Karten und 10 Pfennige für eine Einzelkarte.
Halle, den 12. März 1919. Die Kriegskohlenstelle.

Mode-Zeitungen in grosser Auswahl.
Volksbuchhandlung Halle. Harz 42/44.

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund der Verordnung über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. November 1917 wird mit Rücksicht auf die durch die Verkehrsschwierigkeiten herbeigeführte Knappheit der Milchversorgung Halles folgendes angeordnet: 1. Auf die Milchkarte der Klasse 4 darf bis auf weiteres frische Vollmilch nicht mehr abgegeben werden. Milchhändler, welche auf die Milchkarte Klasse 4 Milch noch abgeben könnten, haben die Milch an die Milchausgleichsstelle (Riemberger Molkerei), Lindenstraße 52) abzuführen. 2. Den Besitzern der Milchkarten Klasse 4 wird freigestellt, in den Geschäften der Butterhandlungen Krause und Horlitz (Drei Glocken) vom 14. März an gegen Abgabe der für die Woche vom 13. bis 19. März bestimmten sieben Abschnitte der Milchkarte drei Flaschen sterilisierter dänischer Vollmilch zum Preise von 1.55 Mark pro Flasche zu kaufen. 3. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung ziehen Strafen bis zu einem Jahre und bis zu 10.000 M. nach sich. Auch kann die Entziehung der Berechtigung zum Milchhandel erfolgen.
Halle, den 12. März 1919. Der Magistrat.

Hartspiritus in Dosen ist wieder eingetroffen. Der Verkauf wird in der Talamtschule zum Preise von 60 Pf. für die Dose fortgesetzt.
Halle, den 13. März 1919. Der Magistrat.

Städtische Handels- und Gewerbeschule für Mädchen, Halle, Klosterstr. 9. Beginn des Sommerhalbjahres: 23. April, morgens 7 Uhr.
Im April dieses Jahres beginnen: Handelsschule, 1 Abteilung höhere Handelsschule, 1 Abteilung öffentliche Handelsschule mit 2 Fremdsprachen für Mittelschülerinnen, 2 Abteilungen öffentliche Handelsschule mit 1 Fremdsprache für Volksschülerinnen. — Dauer aller Abteilungen der Handelsschule 1 Jahr. Die allgemeinbildenden Fächer nehmen für alle Unterrichtsfächer Schülerinnen auf. — Gewerbeschule. a) Klassen für Handarbeit, b) Klassen für Maschinen- und Wäschenähen, c) Klassen für Schneidern, d) Klassen für Putz, e) Klassen für Kunsthandarbeiten, f) Klassen für Zeichnen. Beratungsstelle für das Einrichten und Anfertigen von Kunsthandarbeiten Mittwoch von 11—1 Uhr. Fortbildungslehrgang für Handarbeitslehrerinnen. Fortbildungslehrgang für Schneidern. — Im Oktober beginnen ferner alle Vorseminare: a) für das Handarbeitslehrerinnenseminar, Dauer 1 Jahr; b) für das Turn- und Schwimmlehrerinnenseminar, Dauer ¼ Jahre; c) Vorbereitung für eine wissenschaftliche Aufnahmeprüfung zum Eintritt in ein technisches Lehrerinnenseminar, Dauer 1 Jahr. Handarbeitslehrerinnenseminar, Dauer 1 Jahr. Im Januar beginnt das Turn- und Schwimmlehrerinnenseminar Dauer ¾ Jahre. Nähere Auskunft — auch über die anderen Abteilungen — wird in der Schule, vormittags von 10—11 Uhr, durch die Vorsteherin erteilt.
Halle, den 7. März 1919. Der Magistrat.

Zur Erhöhung des Gaspreises. (3. Nachtrag.)
a) **Zu den allgemeinen Bedingungen für die Abgabe von Gas vom 22. Dezember 1913.** Der Preis für 1 cbm Niederdruckgas beträgt bei Verwendung zum Beleuchten, Kochen und Heizen 29 Pf. Zum Betriebe von Gasheizmaschinen und für andere gewerbliche Zwecke 27 Pf.
b) **Zu den Bedingungen für die Entnahme von Gas aus Automaten vom 22. Dezember 1913.** Die Gasabgabe durch Münzgasmesser erfolgt nach Form A zum Preise von 29 Pf. für 1 cbm, nach Form B zum Preise von 32 Pf. für 1 cbm.
c) **Zu den Bedingungen für die Entnahme von Gas nach dem Pauschalpreis (ohne Gasmesser) vom 20. Dezember 1915.** Der Pauschalpreis beträgt für 1 Leuchtflamme von 100 Kerzen Helligkeit bei nicht mehr als 2 Flammen in der Zeit vom 1. 4. — 30. 9. 2.50 Mk., 1. 10. bis 31. 3. 3.50 Mk., für jede weiter angeschlossene Flamme vom 1. 4. — 30. 9. 2 Mk., vom 1. 10. — 31. 3. 2.50 Mark. Für 1 Leuchtflamme von 50 Kerzen Helligkeit bei nicht mehr als 2 Flammen in der Zeit vom 1. 4. — 30. 9. 1.55 Mark, 1. 10. — 31. 3. 2 Mk., für jede weiter angeschlossene Flamme vom 1. 4. — 30. 9. 1.55 Mk., vom 1. 10. — 31. 3. 1.40 Mk. monatlich.
Dieser Nachtrag tritt mit der Gasmesserablesung bezw. bei Pauschalpreis-Gasabnahme mit dem Tage der Abrechnung im März 1919 in Kraft.
Halle, den 14. Februar 1919.
Der Magistrat: Abt. Hammers.

Vorstehender, durch Beschluß der städtischen Körperschaften vom 14. 2. und 24. 2. 1919 genehmigter Nachtrag wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der Preisunterschied von 12 Pf. für 1 cbm Gas gegenüber dem Friedenspreis gemäß Nachtrag b gelegentlich der Entleerung der Münzgasmesser von den damit beauftragten Personen erhoben und auf den Kartenblättern besonders vermerkt werden wird. Die Inhaber der Münzgasmesser haben sich davon zu überzeugen, daß die nacherhobenen Beträge richtig vermerkt werden. Zahlungsverweigerung hat die sofortige Absperrung der Leitung zur Folge.
Halle, den 10. März 1919.
Die Verwaltung der städt. Gas- u. Wasserwerke.

Sport-Klub Klein-Kugel.
Sonnabend, den 15. März:
Gr. Tanzkränzchen.
Anfang 7 Uhr.
*3382 Der Vorstand.

Den Festbedarf
Anstecknadeln, Eintritts- u. Garderobenblocks, Tanzabzeichen, humorvolle Kopfbedeckungen aus Papier u. Stoff, Maskenkostüme, Girlanden, Vereinsabzeichen,
Porträtnadeln,
pol. Postkarten u. Künstlerkarten, deckt man vorteilhaft bei
Rich. Lipinski, Leipzig,
Königstr. 12. Fernspr. 2309.

Kaninchenfelle Hasenfelle
sowie alle anderen Sorten
Felle, Häute, 5000
Tierhaare und Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz,
Fischerplatz 2. Tel. 1178.

Wasserdichte Gummi-Bettstoffe neu eingetroffen (Bester Wäscheschutz).
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41. 4790

Einzig brauchbare Ersatzbereifung für
Fahrräder
bei **H. Prophete, Mietleben.** *3388

Gutgr. Sofa, Stühle, Tische, Bettstelle mit Matratze, Federbett, Fahrrad m. Freilauf u. Gummibereifung kauft
E. Dippold,
5588 Große Gosenstr. 12 p.
Zahle gute Preise.

Ehrenerklärung.
Nehme hiermit die Beleidigung, welche ich i. d. Generalversammlung d. A. K. V. zu Lettin geg. Frn. Otto Ehrhardt getan habe, zurück u. erkläre selbigen für ehrenhaft. *3374
Herm. Henae, Lettin.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Halle.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, das am Mittwoch, den 12. März, unser Verbandsmitglied, der Arbeiter
Adolf Süße
a. d. Folgen eines Kopfschusses nach schwerem Leiden im Alter von 36 Jahren verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 15. März, nachm. ½3 Uhr, von der Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt. 5581
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Lagerplatz,
Nähe Kaserne Reilstraße, 50—60 Quadratmeter, für Abbruchunternehmer usw. z. vermieten. Näheres Schillerstraße 1, Kontor. *3388

1 Gebr. Kinderwagen
(Klappsportwagen) z. kaufen ges. Kehrer. Hob mweiden.

1 P. neue Damenstiel., 38 u. 39, zu verk. Langestr. 28, I r. 5585

Schwarze Handtasche mit Damenuhr, 2 Ketten, Portemonnaie mit Inh. gefunden. Abzuholen bei Walter Raue, Zwingerstr. 27. 5587

Gebrauchte Bettstelle mit Matr. billig zu verk. *3357 Kunnendorf, Kindenburgstr. 57 p. r.

Arbeitsmarkt

Arbeitersam. z. 1./4. erh. Stelle, Stallmädchen, sof., aufs Land. Emilie Hagelgang, gewerbsmäßige Stellen-Vermittlerin, Halle S., Leipzigerstr. 4. 5583

Suche für kräftigen, 16jähr. Jungen Beschäftigung in Stadt oder Land.
W. Sondershausen,
Große Steinstraße 67, III.

10 Maurer *3381
sucht
Mstr. Heinz, Hohenthurm.

Empfehle mich hiesigen für
alle Buchbinder-Arbeiten
Max Morguer, Halle (S.), Papierhandlung u. Buchbinderei, Teichstraße 20. Teleph. 5656. [4039

Perf. Bandoniummusik
wird ausgeführt. Krukenbergstr. 15, Leden. 5555

Auch auf Teilzahlung.
Friedrich Gronau,
Barfüsserstrasse 16.

Wie werde ich
bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung
versorgt?
Ein Merkbuch für jeden Krieger bis zum Feldwebel aufwärts.
Preis 50 Pf. Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Lederschuhe
für Kinder von 5 bis 14 Jahren, dauerhafte Qualität, mit Holzsohlen, ohne Bezugschein zu verk. 5587
Ein- und Verkaufshaus
22 Schülerschof 22
direkt am Marktplatz.

Partei-Schriften
empfiehlt
Volks-Buchhandlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,
Verwaltung Magdeburg.
Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum baldigen Antritt
4 bzw. 5 weitere Beamte
für Außen- und Innendienst.
Bewerber müssen wenigstens 7 Jahre dem Verband angehören, rednerisch und mit der Agitationsarbeit bewandert sein, sowie im Schriftlichen geeignete Kenntnisse besitzen. Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Breslauer und Kölner Generalversammlung mit der üblichen Teuerungszulage. Aus der Bewerbung muß Alter, Beruf und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen. Sie muß bis spätestens 1. April 1919 an die Geschäftsstelle des Verbandes, hier, Große Münzstraße 3 I, eingereicht sein und die Aufschrift „Bewerbung" tragen. Es wird nur auf tüchtige Kräfte reflektiert. *3391

Familien-Nachrichten.

An den Folgen seiner im Felde zugezogenen Verwundung entschlief nach schwerem Leiden am 12. März mein lieber, guter Mann, der treusorgende Vater seiner Kinder, mein lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Wehrmann
Adolf Süsse
kurz vor seinem 34. Lebensjahre.
Vier Jahre hat er die schweren Strapazen des Krieges erlitten, und nun mußte er doch noch sein Leben lassen.
Halle, den 13. März 1919, Graleweg 3, I.
In tiefem Weh: **Frieda Süsse und Kinder** nebst allen Angehörigen.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags ½3 Uhr, von der Kapelle des Gertraudenfriedhofes aus statt. 5591

Nachruf.
Für die wohltuenden Beweise der Teilnahme beim Dahinscheiden meiner lieben, treusorgenden Frau, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter,
Frau Emma Schwenkhammer geb. Burkhardt,
sprechen wir hiermit allen Bekannten unsern herzlichen Dank aus, die uns bei diesem harten Schicksalsschlage zur Seite standen. Besonderen Dank Herrn Hildebrandt für seine wohltuenden Worte am Grabe.
Halle a. d. S., Mühlgasse 6.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Max Schwenkhammer. 5584

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219190313-16/fragment/page=0004